Neue Freie Presse

27.IV.1919

Brot, Arbeit und Ordnung.

Notizen über Wiener Gemeindewirtschaft.

Von Dr. Rudolf Schwarz-Hiller.
Gemeinderat der Stadt Wien.

(Siehe Nr. 19638, 19642 und 19645 der „Neuen Freien Presse" vom 27. April, 1. und 4. Mai 1919.)

Wien, 26. Mai.

Wien und die Friedenskonferenz.

Kunz von der Rosen, mein Narr, wenn ich wieder frei werde, was willst du dann anfangen? Ich will mir dann neue Schellen an meine Mütze nähen. Und wie soll ich deine Treue belohnen? Ach! lieber Herr, laßt mich nicht umbringen.

Heine: „Schlußwort" zu den „Englischen Fragmenten".

Und es kam genau so, wie es eben kommen mußte, und wie ich es jedermann vorausgesagt habe. Fast jedes Land, fast jede kleine Menschengruppierung in Deutschösterreich hat seinen — Vertreter für die Friedenskonferenz bekommen, die Luftrayonierer und Rucksackplünderer, die erbarmungslosen Herren der „Inneren Blockade", die tapferen Soldaten, welche die Leute ohne „Einreisebewilligung" aus den Eisenbahnwagen hinauswerfen; nur ein einziger Teil des lustigen Staates Deutschösterreich bleibt unvertreten, und das ist das seit Jahren unsagbar leidende, das ist das mit allen Mühsalen und Plackereien beladene, nur bei Zahlungen willkommene, sonst gehaßte und verratene Wien. Wien — die Hauptstadt. Wien, das Zentrum mit 2¼ Millionen Einwohnern. Wien, der dritte Teil des Staates, wenn nur allein von der Bevölkerungsziffer gesprochen wird, von wirtschaftlicher, kultureller und politischer Bedeutung wohl mehr als die Hälfte. Daß die Hofräte auf Wien vergessen, Wien in den Hintergrund zwingen würden, ist selbstverständlich; ist doch Wien noch der einzige Ort in Deutschösterreich, wo bureaukratische Macht sich austoben kann, wo angestammte Gutmütigkeit auch den tollsten, sich überstürzenden Weisungen der Bureaukraten, die heute mehr als je Regierung spielen wollen, Folge leistet. Außerhalb Wiens, da herrscht Autonomie und Freiheit bis zur Uebertreibung, bis zur vollkommenen Desorganisation, da gilt das Wort: „Le roi règne et ne gouverne pas!" Innerhalb Wiens aber liegt alles wie ehedem in bureaukratischer Knechtschaft und der Uebermut der Aemter ist zu neuer, kräftigerer Blüte gelangt. Aber wenn schon die Hofräte, die niemals zurücktreten wollen (vergleiche Ernährungsamt) für Euch Wiener kein Herz und Verständnis haben, wo bleibt Euer frei gewählter Bürgermeister und Gemeinderat? Wo bleiben jene, die pflicht- und berufsgemäß Eure uralten Freiheiten und Gerechtsame zu vertreten und zu verteidigen hätten vor allem gegenüber jener stattlichen Bureaukratie, die nur in Wien Macht besitzt, nur Wien bevormunden kann und will und die wir so teuer bezahlen müssen? Und so wird Wien vielleicht in jenem Augenblicke unvertreten bleiben, in dem über seine wichtigsten Lebensbedingungen zu Gericht gesessen wird, wenn nicht die Wiener selbst noch im letzten Augenblick Sturm laufen und ihr Recht verlangen, wenn nicht die Wiener selbst feierlich erklären werden, daß sie nicht anerkennen werden, was sie nicht mitbesprechen durften, und daß sie nicht mitzahlen werden, wenn sie nicht vorher befragt wurden.

Die zukünftige wirtschaftliche, kulturelle und politische Stellung Wiens ist, wie ich bereits in meinem Aufsatz vom 4. Mai angedeutet habe, von der günstigen Lösung einer Reihe von internationalen Fragen abhängig. In erster Linie wird hiebei die Internationalisierung der ganzen Donaustraße auf die ganze Länge ihrer Schiffbarkeit, die Fixierung von Garantien für Verkehrssicherheit, Durchfuhrzollfreiheit, Regulierungsarbeiten usw. von größter Bedeutung sein. Wien soll aber auch für die Benützung des mit der Donau in Verbindung stehenden Wasserstraßennetzes unbedingte Sicherheiten für die Zukunft erhalten und soll — und das wäre unter vielen anderen auch eine wichtige Aufgabe der Wiener Delegierten — Sitz verschiedener internationaler Kommissionen, insbesondere aber der Donaukommission und der allenfalls einmal notwendig werdenden Kommission für die mitteleuropäischen Wasserstraßen, werden. Wien benötigt ferner, da es im Mittelpunkte des miteleuropäischen Binnenlandes gelegen ist, wenn es seiner erhofften Stellung als Haupthandels-, Stapel- und Umschlageplatz gerecht werden soll, internationale Verträge wegen Benützung verschiedener Seehäfen, vielleicht auch betreffs des Verkehres seiner allfälligen eigenen Transportdampfer. Wien muß versuchen, seine Unabhängigkeit in der Approvisionierung und Kohlenversorgung international zu regeln und zu sichern und für seinen großen künftigen Export in Qualitätsware und Kunst- und Modegegenständen Vorsorgen zu treffen. Wien wird aber auch am besten seine Stellung in den schwebenden Kunst- und Bilderfragen selbst vertreten. Wien, dessen künftige Größe und Bedeutung in seiner Stellung als eines großen Zentrums des mitteleuropäischen Binnenlandes für den internationalen Verkehr gelegen ist, das als Kunst- und Fremdenstadt, als Sitz bedeutender Schulen mit großen, berühmten Lehrern seine uralte Anziehungskraft auf das fernste Ausland, auf die Angehörigen aller Kulturvölker stärker denn je ausüben wird, könnte keine bessere Gelegenheit finden, sich vor der internationalen Welt neuerlich einzuführen und die Aufmerksamkeit aller seiner zahlreichen Freunde auf der ganzen Erde wieder auf sich zu lenken, als dadurch, daß es bei der großen Konferenz in Paris für sich selber das Wort führt. Wien ist mündig geworden durch die Nöte und Leiden der letzten fünf Jahre; es kann auf mehr oder minder schlechte Dolmetsche seines Willens und seiner Wünsche leicht und nur zu seinem Vorteil verzichten.

Das Verhalten der den Wienern seit jeher feindlichen Bureaukratie in dieser Frage gegenüber uns Wienern ist, ganz abgesehen von all den anderen doch so klaren und selbstverständlichen Momenten, schon aus dem Grunde um so unbegreiflicher, weil wir tagtäglich von den Unabhängigkeitsbestrebungen aller Länder, insbesondere aber jener hören, welchen Vertreter für die Friedenskonferenz zugebilligt wurden. Wenn aber die Bureaukratie vor den Unabhängigkeitsbestrebungen der Länder stets so willig ihr Knie beugt, obwohl diese Länder oft nicht mehr Bewohner zählen, als in zwei oder drei Wiener Gemeindebezirken ansässig sind, so ergibt sich der zwingende Schluß, daß der österreichischen Bureaukratie nur jener imponiert und daß von ihr auch nur jener etwas zu erreichen hoffen darf, der mit der Faust auf den Tisch schlägt, der fordert und nicht bittet, der schreit und nicht spricht. Diese Gruppe von Regierenden respektiert nur den, vor welchem sie Angst hat; dem Pflichtmenschen gegenüber, der höflich ist und gehorcht, dem gegenüber ist sie mutig, hochmütig und übermütig. Vor wenigen Wochen erst hat diese Bureaukratie den Wienern gegenüber, welchen sie niemals genützt, sondern immer nur geschadet hat, ihre wahre Gesinnung wieder einmal gezeigt, als sie zu den Pariser Ernährungs- und Finanzverhandlungen — obwohl die finanzielle Haftung unserer Stadt hiebei sehr gewichtig in die Wagschale fiel — eine Wiener Vertretung nicht zuließ, sondern eine solche auf eine recht merkwürdige, um nicht zu sagen unwürdige Art im letzten Augenblick auswaggonierte. Daß die Bureaukratie damals so weit ging, die Stadt Wien, als es sich um deren Lebensfrage, die Ernährung, handelte, von Beratungen auszuschließen, nur um ihre eigene Unentbehrlichkeit darzutun, hat man hier nicht vergessen.

Da aber nach den traurigen Erfahrungen des Krieges die furchtbare Angst des Wiener Volkes vor der offiziellen Unfähigkeit leider mit Recht und vollem Grund ins Riesenhafte gewachsen ist, so hätten die volksfremden, zünftigen Hofräte, wenn nicht schon im Interesse der Bevölkerung, so [illegible] auf die [illegible] vorausgehen.

[illegible] Arbeiterzeitung [illegible] 26. Mai.

Heute ist dem Präsidenten der Friedenskonferenz von der deutschen Friedensdelegation nachfolgende Note überreicht worden:

„Herr Präsident! Der Inhalt des Schreibens Eurer Exzellenz vom 20. d. über die Frage der Vertretung deutschösterreichischen Deutschtums für die Konferenz hat der deutschen Friedensdelegation gezeigt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen den Einen vollständig mißverstanden haben, in dem die deutsche Regierung und das deutsche Volk sich mit der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918 vollständig einverstanden erklärten. Um dieses Mißverständnis aufklären, sieht sich die deutsche Delegation genötigt, den alliierten und assoziierten Regierungen die Ereignisse ins Gedächtnis zurückzurufen, die jener Note vorausgegangen.